

Ein Beitrag
zu den Arbeiten am
SPD-Grundsatzprogramm

„Erneuerung im Wartestand“

Patrick Opdenhövel

„Ein SPD-Grundsatzprogramm ist stets mehr als ein Regierungsprogramm. Es muss die modernen Fragen aufgreifen, sie mit modernen Antworten versehen und sozialdemokratische Politik auf einen modernen Begriff bringen“, so der Anspruch des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Niedersächsischen Landtag, Sigmar Gabriel, an das Grundsatzprogramm seiner Partei.

Berlin, Dezember 1999, SPD-Bundesparteitag. Die SPD stellte das Berliner Programm von 1989 auf den Prüfstand: „Angesichts der Veränderungen der letzten zehn Jahre soll das Grundsatzprogramm der SPD überarbeitet und neu formuliert werden.“

Bochum, November 2003, SPD-Bundesparteitag. In Anlehnung an den Kultsong von Herbert Grönemeyer war man versucht zu fragen: Bochum, was kommt aus dir? Im Hinblick auf die Definition der politischen Grundsätze nichts, denn diese sind erst für das Jahr 2004 angekündigt, also fünfzehn Jahre nach der Beschlussfassung eines Grundsatzprogrammes, das dann seit mindestens fünf Jahren als überarbeitungsbedürftig gilt.

Für Bundeskanzler Gerhard Schröder brachte Bochum ein deutlich schlechteres Wahlergebnis bei seiner Wiederwahl zum Parteivorsitzenden. Aufmerksamkeit erzielte er weniger mit seiner Rede zur Verteidigung der Agenda 2010 als Modernisierungsprogramm als vielmehr mit seiner Kritik an der „kollektiven Unvernunft“ der SPD oder seiner Drohung gegenüber der niedersächsischen SPD

„Euch mache ich fertig!“ im Nachgang zu den schlechten Wahlergebnissen von Wolfgang Clement (56,7 Prozent) und Olaf Scholz (52,6 Prozent). „Erschreckt beklagen Delegierte programmatische Defizite“, berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Gar von „Partisanenkampf“ auf dem Parteitag war die Rede.

Ein Aufbruchsignal sieht anders aus, und so verwundert es nicht, dass nach dem Parteitag demoskopisch nur ein Zugewinn von einem Prozent bei der politischen Stimmung (26 Prozent) zu beobachten war. Die SPD verharrete unter dreißig Prozent bei der Sonntagsfrage im Dezember 2003.

Auch nach Bochum bleibt die Frage virulent: Wie glaubwürdig, verantwortungsbewusst und regierungsfähig ist eine Partei im Hinblick auf notwendige Weichenstellungen für die Zukunft Deutschlands, die 1999 erkannt hat, dass es nötig ist, ihr Grundsatzprogramm den geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen anzupassen, und dies bis heute nicht geschafft hat? Der Umstand, dass die beschlossene Erneuerung des SPD-Grundsatzprogramms auf sich warten lässt, macht das Grundsatzprogramm für die Partei zunehmend zu einem Grundsatzproblem. Dies gilt umso mehr, wenn damit der Erhalt der Mehrheitsfähigkeit der SPD verbunden wird.

Programmatisches Nomadentum

Es ist nicht so, dass die deutsche Sozialdemokratie kein gültiges Grundsatzprogramm mehr hätte. Sie hat aber eines, das

sie nicht mehr als zeitgemäß ansieht, das ihren eigenen Ansprüchen nicht mehr gerecht wird und dessen Aussagen in ihrem Wertgehalt stets mit einem Fragezeichen versehen sind. Dieser Mangel ließ sich auch nicht durch einzelne programmatische Vorstöße ausgleichen. Sie sind verpufft oder haben sogar das Gegenteil bewirkt: „Abrupte ideologische Pendelschwünge wie etwas das Schröder-Blair-Papier (1999), die ‚Agenda 2010‘ oder die neuen, sich gegen den Begriff der sozialen Gerechtigkeit wendenden Thesen des SPD-Generalsekretärs Olaf Scholz treffen direkt ins Rückenmark einer sozialdemokratischen Partei und führen im schlimmsten Fall zu Lähmung, Stillstand – und eklatanten Wahlniederlagen.“

Die Auseinandersetzung um den „demokratischen Sozialismus“ im Grundsatzprogramm ist ein weiteres Beispiel. Diese Diskussion trifft den Nerv der Partei, weil der Begriff für viele in der SPD nach wie vor ein programmatisches Fundament beschreibt – sei es ein eher historisch gewachsenes im Sinne einer sozialdemokratischen „Leitkultur“, wie dies Sigmar Gabriel sieht, oder eines, das im Sinne Heidemarie Wieczorek-Zeuls eine langfristige Perspektive beinhaltet: „Was ist die Meta-Botschaft in dieser Auseinandersetzung? Reduzieren wir die programmatische Spannweite auf das, was aktuelle Notwendigkeiten sind, oder ist die grundlegende Perspektive ersichtlich? Ich bin überzeugt, dass gerade in Phasen, da uns schwierige Entscheidungen abverlangt werden, die langfristige Perspektive deutlicher sichtbar sein muss.“ Die Aussage von Nordrhein-Westfalens SPD-Chef Harald Schartau, dass es für die SPD keinen Sinn mehr macht, „Begriffe hochzuhalten, die keinen Inhalt mehr besitzen“, klingt logisch, hat aber eine an die Substanz der SPD greifende Qualität, was die hessische SPD-Landesvorsitzende Andrea Ypsilanti auch zum Ausdruck bringt: „Man tut sich mit den In-

halten nicht leichter, indem man Begriffe streicht – es sei denn, man will eine andere Partei.“ Gerhard Schröder hat sich in Bochum bemüht, die Begriffe soziale Demokratie und demokratischer Sozialismus als identisch zu definieren, und gleichzeitig die Warnung hinzugefügt: „Der Streit um Begriffe allein bringt uns wahrlich nicht weiter.“ Der Streit wird aber eben nicht um den Begriff „demokratischer Sozialismus“ geführt, sondern letztlich um dessen Inhalt. Ein Blick in das Berliner Programm zeigt, dass dort der Begriff „demokratischer Sozialismus“ in weitaus stärkerem Maße Verteilungskomponenten enthält als in der Begriffsbestimmung, die der Parteivorsitzende in seiner Rede vorgenommen hat.

Die SPD hat es als Regierungspartei in den ersten Regierungsjahren verpasst, ihren programmatischen Kern, wie er sich im Grundsatzprogramm abbildet, zu aktualisieren, um auf der Basis dieser programmatischen Neuorientierung die Regierungsarbeit mit politischen Grundsätzen flankieren zu können. Sie hat sogar bewusst darauf verzichtet. Wegen der Arbeit am Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2002 hatte die SPD die Arbeiten am Grundsatzprogramm nahezu eingestellt. Franz Müntefering wurde mit der Begründung zitiert, „es müsse vermieden werden, dass sich aus parallelen Beratungen eines Parteiprogrammes und des Wahlprogrammes Missverständnisse über den Kurs der Partei ergäben“. Diese Äußerung Münteferings ließ bereits früh das Ausmaß der programmatischen Zerrissenheit der SPD erahnen, die im Abstimmungsverhalten der Delegierten auf dem Bochumer Parteitag ihren Ausdruck fand.

Der Sozialwissenschaftler und Politiker von Bündnis 90/Die Grünen, Hubert Kleinert, kommt zu dem Ergebnis, „dass nach dem missratenen und öffentlich als Kokettieren mit dem Neoliberalismus missdeuteten Ansatz des Schröder-Blair-

Papiers 1999 gleich jede Form von programmatischer Debatte in der deutschen Sozialdemokratie eingestellt und in den Jahren danach nur noch *muddling through* in einer inhaltlich entleerten SPD betrieben worden ist, die ihr Politikangebot als besserer Kanzler-Wahlverein auf die vermeintlichen Imperative des Machterhalts reduziert hat. [...] Statt wenigstens nach der machtpolitischen Grundsatzentscheidung, den der Rückzug Lafontaines ja bedeutete, nach einer neuen programmatischen Orientierung für eine modernisierte Sozialdemokratie zu suchen und dabei die widersprüchlichen Erwartungen, die mit der Regierungsübernahme verbunden waren, abzuarbeiten, hat man sich mit der langen Schwäche einer kriselnden Union beruhigt und ansonsten einreden lassen, im Zeitalter der Medien demokratie gehe es auch ohne klare Linienführung und sinnstiftende Identifikationsangebote.“

Gänzlich eingestellt wurde die programmatische Debatte bei der SPD zwar nicht, konsequent betrieben wurde sie aber zweifellos auch nicht.

Freiheit: viel zitiert, aber politisch folgenlos

Wird im Berliner Programm die Gleichrangigkeit von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität postuliert, zeigt die aktuelle Programmdiskussion eine eindeutige Konzentration auf den Gerechtigkeitsbegriff. Der Gedanke der Freiheit kommt zu kurz. Daran ändern die vielfach zitierten Worte Willy Brandts, wonach Freiheit das Wichtigste ist, und auch Schröders Rede anlässlich des 140. Geburtstages der SPD nichts, weil er trotz der 16-maligen Erwähnung des Wortes Freiheit, wie die *Financial Times Deutschland* sorgsam nachgehalten hat, den Paradigmenwechsel seiner Partei damit längst nicht vollzogen hat. Schröder selbst hat bei der Durchsetzung der Agenda 2010 weniger auf die Überzeu-

gungskraft des Freiheitsgedankens als vielmehr auf die Brachialgewalt seiner Rücktrittsdrohungen gesetzt. Im Übrigen hat er in seiner Bochumer Parteitagsrede den Begriff Gerechtigkeit dreimal häufiger als den Begriff Freiheit benutzt und sich im Gegensatz zum Freiheitsbegriff diesem auch inhaltlich gewidmet. Die in Bochum gefassten Beschlüsse zur Ausbildungsplatzabgabe und Erbschaftsteuer, der Ausschluss „einer Verlagerung von Tarifverantwortung in die Betriebe“ im Leitantrag und der zusätzlich beschlossene Initiativantrag zur Tarifautonomie mit dem Ziel, das bestehende Tarifvertragssystem unverändert zu erhalten, sind nicht gerade Belege für das Vertrauen der SPD in die Freiheit.

Unabhängig davon, was es für die Regierungspartei SPD bedeutet, wenn sie nach fünf Jahren in der Regierungsverantwortung einen Initiativantrag „Deutschland braucht ein Leitbild Gerechtigkeit“ beschließen muss, ist es bezogen auf die Grundsatzdiskussion schon aufschlussreich, dass es eben um ein Leitbild „Gerechtigkeit“ und nicht um ein Leitbild „Freiheit“ geht.

Der bürgerliche Freiheitsbegriff setzt bei der Freiheit des Individuums an. Dieser Denkansatz ist unmittelbar verbunden mit dem Gedanken der Eigenverantwortung und Subsidiarität und damit auch einem geringeren Maß an staatlicher Intervention. In der Programmdiskussion der SPD erhält der Freiheitsbegriff eine starke kollektive Aufladung: „[E]s geht um die Freiheitschancen aller, also um Freiheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft, und nicht nur um den Einzelnen.“ Dank dieser „sozialdemokratischen Pointe“ – wie Rudolf Scharping es genannt hat – erhält aktive staatliche und gesellschaftliche Einflussnahme, etwa in Form des derzeit diskutierten „Sozialinvestitionsstaates“ und damit über den Gedanken der Subsidiarität hinaus, ein programmatisches Fundament.

Dass nicht der Freiheits-, sondern der Gerechtigkeitsbegriff für die SPD der entscheidende ist, zeigt sich auch daran, dass die SPD ihre Programmdiskussion gezielt mit dem Thema Gerechtigkeit und nicht mit dem Thema Freiheit begonnen hat. So betont Wolfgang Thierse: „Gerechtigkeit ist der für das Selbstverständnis der Sozialdemokratie zentrale Grundwert.“ Rudolf Scharping formuliert: „In unseren Augen gestaltet die Gerechtigkeit die Freiheit.“ Von der Freiheit heißt es dann etwas später, sie fördere Gerechtigkeit. „Die beiden Begriffe, die ich für die SPD als zeitlos betrachte, sind soziale Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Das sind die Leitplanken, an denen sich die Partei entlangbewegt“, so der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Schartau. Freiheit? Scharping, Thierse, Schartau – und nicht allein sie in der SPD – räumen der Gerechtigkeit den Vorrang ein.

Gerechtigkeit: Markenkern und Kernproblem

Dass soziale Gerechtigkeit auch heute noch der SPD-Markenkern ist, unterstreicht zudem die Tatsache, dass die Gerechtigkeitsfrage für die SPD zum zentralen Problem ihrer aktuellen Politik wird. Einer der Hauptgründe für das demoskopische Scheitern der SPD ist darin zu sehen, dass rund sechzig Prozent der Wähler in der SPD nicht mehr die Partei der sozialen Gerechtigkeit sehen. Sigmar Gabriel bestätigt: „Die aktuelle sozialdemokratische Reformdebatte leidet gerade darunter, dass nicht nur die ‚gefühlte‘, sondern auch die tatsächliche Verteilung der Lasten nicht gerecht erfolgt.“

SPD, früher das Synonym für sozialen Ausgleich, wird inzwischen auf Demonstrationen gegen die Politik der rot-grünen Bundesregierung mit „Sozial Politische Demontage“ übersetzt. Der Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahl 2005 in Hamburg, Thomas Mirow, ist wegen seiner Kandidatenrolle vielleicht besonders

sensibilisiert: „Die Menschen müssen der SPD zutrauen, für Gerechtigkeit zu sorgen. Sonst wird die Partei ihren Rückhalt verlieren. Aber wir müssen sehr genau sagen, was Gerechtigkeit in einer veränderten Zeit heißt.“

Genau darüber gibt es aber bei der SPD noch keine klare Verständigung. Allerdings haben die Bürgerinnen und Bürger auch so eine Vorstellung davon, was sozialgerecht ist: So glauben 78 Prozent, dass es sozial gerecht ist, wenn die Menschen entsprechend ihrer Tüchtigkeit unterschiedliche Einkommen haben. Nur zwanzig Prozent sind der Überzeugung, dass es sozial gerecht ist, wenn alle das Gleiche haben. 64 Prozent sagen, dass Reformen nur dann gerecht sind, wenn das obere Viertel der Gesellschaft deutlich stärker zur Kasse gebeten wird. 55 Prozent sind der Auffassung, dass der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ nur vorgeschoben wird, um eigene Interessen durchzusetzen.

Diese Aussagen erleichtern die Diskussion innerhalb der SPD nicht. Dies gilt umso mehr, als eine geradezu inflationär anmutende Begriffspalette diskutiert wird: Verteilungsgerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Zugangsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Ergebnisgerechtigkeit, Beteiligungsgerechtigkeit, Gerechtigkeitspolitik, globale soziale Gerechtigkeit. Dahinter verbirgt sich jedoch eine für die deutsche Sozialdemokratie nicht unerhebliche programmatische Sprengkraft mit ausreichend großem Verwirrungspotenzial für die Parteibasis.

Contra Markt

Auffallend bei der SPD ist die Verbindung von Gerechtigkeit und Marktskepsis. „Eine humane Gesellschaft verlangt nach einer Einhegung des Marktes, weil eine solche humane Gesellschaft nur möglich ist, wenn öffentliche Güter Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, die Zivilgesellschaft und das aus ihr erwachsende Potenzial für Solidarität und Kooperation zu

nutzen“, heißt es zum Beispiel bei Wolfgang Thierse. Auch im Zwischenbericht der Grundsatzkommission von 2001 geht es marktskeptisch zu: „Gerechtigkeit ergibt sich nicht aus den Verteilungsmechanismen des Marktes, sondern aus der bewussten Entscheidung der Gesellschaft und dem Primat der Demokratie.“

Im Unterkapitel „Die Veränderung der Arbeitswelt bewältigen“ wird gleich zu Beginn festgehalten, dass nach sozialdemokratischen Vorstellungen die Wirtschaft „durch den Vorrang der Demokratie vor den Märkten und durch ein qualitatives Wachstum gekennzeichnet“ ist. Wird an einer Stelle die internationale Verankerung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gefordert, werden an anderer Stelle Fragen aufgeworfen wie: „Wird die Zukunft durch eine Marktgesellschaft oder Zivilgesellschaft beziehungsweise Bürgergesellschaft geprägt werden?“ Der Clou daran ist, dass die Freiheitsfrage hier nur für die Bürgergesellschaft positiv beantwortet wird. Welches Prinzip ist eigentlich einer Marktwirtschaft, auch der Sozialen Marktwirtschaft, inhärent, wenn nicht die Freiheit?

Zu einer derart skeptischen Bewertung des Marktes, wie sie die SPD vornimmt, kann man nur kommen, wenn Politik und Ökonomie noch immer im Kern antagonistisch gedacht werden und es deshalb gilt, einen Primat der Politik zu verteidigen, um „eine politische Gestaltung des Wachstums“ verfolgen zu können. Die „politische Gestaltung des Wachstums“ unterstellt, dass Politik mehr von Wirtschaft versteht als die Wirtschaft selbst, und ist gleichzeitig die Begründung für staatliche Lenkung und Regulierung. Er ist ungebrochen, der sozialdemokratische Glaube an die Überlegenheit des Staates auch in Wirtschaftsfragen.

Pro Regulierung

Bei der Globalisierung erkennt die SPD Chancen und Risiken. Doch während die

Chancen in der Diskussion einen vergleichsweise knappen Raum einnehmen, wird sich umfassend auf die Minimierung der Risiken über eine gerechtere Weltordnungspolitik mit Regelungen für Weltsozialordnung, Weltumweltordnung, internationale Wettbewerbsordnung, Welthandelsordnung, Weltwährungs- und Finanzordnung konzentriert. Der Abgang von Oskar Lafontaine hat nichts an der Sehnsucht der SPD nach einem neuen „Bretton Woods“ geändert. Auch bei den „Netzwerkern“ bleiben Reflexe gegen den „anonymen Markt“ und die Globalisierung nicht aus. So heißt es: „Unkontrollierter Machtkonzentration bei globalen Wirtschaftsunternehmen, dem Ruf nach immer mehr Deregulierung und Entstaatlichung tritt bisher noch keine starke, ordnende Weltinnopolitik entgegen.“

Aufschlussreich ist auch, wie der damalige geschäftsführende Vorsitzende der Grundsatzkommission, Rudolf Scharping, das Ja zur Programmdebatte erklärt hat: „Es geht erneut um die sozialen und ökologischen Grundlagen, die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens, salopper: die Zähmung des Kapitalismus, der jetzt auf Weltebene eine noch größere Kraft annimmt.“ Unter dem Stichwort „Gestaltung der Globalisierung“ strebt die SPD nach neuen Regulierungsmechanismen.

Wenn in der Diskussion um das neue Grundsatzprogramm der SPD von der Sozialen Marktwirtschaft die Rede ist, dann kommt diese meist im Gewand eines sozialen Sicherungs- und nicht eines Wettbewerbssystems daher. Wettbewerb, Wachstum und Eigenverantwortung haben es schwer in den Gerechtigkeits- und Gleichheitsvorstellungen der SPD.

Der Generalsekretär und seine neue Gerechtigkeit

Auch SPD-Generalsekretär Olaf Scholz setzt bei seinen 13 Thesen für die Umge-

staltung des Sozialstaates und die Zukunft sozialdemokratischer Politik beim Begriff der Gerechtigkeit an. Dabei geht es ihm darum, sich vom Gedanken der Verteilungsgerechtigkeit zu lösen und – insbesondere bezogen auf Bildung und Arbeit – auf die Teilhabe- und Chancengerechtigkeit abzuheben. Dieser angestrebte Paradigmenwechsel wird zugespitzt in der Formulierung: „Als Partei der Zuwachsverteilung hat die SPD überhaupt nur so lange eine Chance, wie es tatsächlich Zuwächse zu verteilen gibt.“ Scholz' Neudeinition des gerechten Sozialstaates ist der Versuch, in Zeiten, in denen die Grenzen des Sozialstaates deutlich sichtbar werden, den Sozialstaat unter Hinweis darauf, dass „[d]ie Qualität der Gerechtigkeitspolitik [...] niemals in erster Linie eine Frage der Quantitätssozialer Transfers [ist (und war)]“, zu bewahren. Aber auch wenn er betont, gerecht sei „eine Politik, die immer wieder die Voraussetzungen dafür schafft und erneuert, dass Menschen ihre eigenen Pläne verfolgen können“, wird die Entfaltung von Aktivitäten zur „Befähigung und Ermächtigung der Menschen zu einem selbst bestimmten, eigenverantwortlichen Leben“ über den „aktiven und aktivierenden Sozialstaat“ erreicht. Dessen Erfolg misst der Generalsekretär entgegen seiner eben zitierten Aussage zur Gerechtigkeitspolitik dann doch wieder an den Sozialtransfers, wenn er sagt: „[D]er langfristig gerechte und ökonomisch erfolgreiche Staat des 21. Jahrhunderts wird [...] kein Ort der systematischen Verringerung sozialstaatlicher Leistungen sein.“ Scholz' „Sozialinvestitionsstaat“ muss deshalb, um die Teilhabe an allen Sozialleistungen zu finanzieren, ein ausgeprägter (Hoch-)Steuerstaat sein.

Der Generalsekretär und seine solidarische Mitte

Erreichen will Scholz sein Ziel mit der „Solidarischen Mitte“, – die politisch aufpolierte Nachfolgerin der „Neuen Mitte“

– deren Solidarität er sich aber mit einem „effektive[n] und zielgenaue[n] Funktionsnieren sozialstaatlich organisierter Gerechtigkeitspolitik“ erkaufen muss, weil nach Scholz die „Solidarische Mitte“ nicht von selbst solidarisch ist und bleibt, sondern besagte Gerechtigkeitspolitik zur Voraussetzung hat. Als Beispiel dieser funktionierenden Gerechtigkeitspolitik führt der SPD-Generalsekretär an, dass derjenige, der Steuern zahlt, auch erwarten darf, „dass in der Schule seiner Kinder die Toilettenspülung funktioniert“. Auch wenn eine Schultoilette in der Tat funktionieren sollte, so macht sich Scholz hier doch einen sehr defizitären Solidaritätsbegriff zu Eigen, denn Solidarität zeichnet sich ja gerade dadurch aus, dass sie eine Verpflichtung der Starken für die Schwachen ist – und zwar voraussetzungslos, also, um mit Scholz zu sprechen, auch ohne funktionierende Toilettenspülung.

Angreifbar macht sich der SPD-Generalsekretär auch in einem anderen Punkt. Nachdem er die Genese der Solidarischen Mitte soziologisch abgeleitet hat (Rechtsanwälte, Lehrer, Architekten, Ingenieure, Nachkommen der „kleinen Leute“ in bürgerlichen Berufen), will er die Solidarische Mitte eher politisch und damit als Allianz der Tüchtigen verstanden wissen. Die politische Haltung der Solidarischen Mitte beziehungsweise der Allianz der Tüchtigen entspricht nach Scholz derjenigen der SPD-Wähler. Auf ihrem vorläufigen Tiefpunkt im November 2003 lag die Zustimmung zur SPD noch bei 24 Prozent. Will der SPD-Generalsekretär im Umkehrschluss wirklich andeuten, dass drei Viertel der Menschen in Deutschland potenzielle Faulenzer und Egoisten sind, weil sie sich von der SPD abgewendet haben? Die Netzwerker haben schnell daraus gelernt. Auch sie bedienen sich der „Solidarischen Mitte“, aber sie lassen sie offener, indem sie jeden Bürger zur Mitwirkung einladen, auch wenn die Absicht die glei-

che bleibt: politische Mehrheiten zu gewinnen.

Die Partei der „kollektiven Unvernunft“

Die *Financial Times Deutschland* beurteilte das Vorgehen des SPD-Generalsekretärs folgendermaßen: „Der Generalsekretär versucht, der Reformagenda von Kanzler Gerhard Schröder einen visionären Überbau zu geben. Schröder hatte in seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003 massive Einschnitte in die Sozialsysteme angekündigt und damit für seine Partei eine unvermittelte Abkehr von den eigenen Wahlzielen vollzogen. Diesen Bruch will Scholz heilen.“ Wenn das die Absicht war, ist sie gründlich misslungen. So kommentiert Heidemarie Wieczorek-Zeul die Ausführungen des Generalsekretärs zur Neudefinition der sozialen Gerechtigkeit mit den Worten: „Die entsprechenden Passagen des Berliner Programmes von 1989 sind hoch aktuell, jedenfalls um vieles einschlägiger als das Papier des SPD-Generalsekretärs.“ Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis wird mit den Worten zitiert, in Fragen der sozialen Gerechtigkeit müsse „noch etwas nachgearbeitet werden“. „Soziale Gerechtigkeit ist der Begriff, der die Identität der SPD geprägt hat. Sie ist gewiss das Kompetenzfeld, auf dem auch in Zukunft über den Erfolg der Partei mitentschieden wird“, schreibt Wolfgang Thierse dem SPD-Generalsekretär ins Stammbuch. Und weiter heißt es: „Deshalb ist es müßig, über verschiedene Gerechtigkeitsdefinitionen zu streiten.“ Sigmar Gabriel schließlich hält dem SPD-Generalsekretär am Beispiel zusätzlichen Geldbedarfs für Bildungsanstrengungen entgegen, dass „wir wohl auch in Zukunft immer wieder darüber streiten müssen, wie wir die Zuwächse oder Einsparungen in unserer Volkswirtschaft gerecht verteilen.“ Die SPD dürfe Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit nicht in einen

Gegensatz bringen. Zur Schärfung des programmatischen Profils sei es, „aber weder notwendig, neue Grundwerte zu finden noch der SPD eine neue Identität zu geben“. Diese Aussage hindert ihn allerdings gemeinsam mit den 39 weiteren Netzwerkern nicht daran, gut zwei Monate nach seiner Absage an eine neue Identität und neue Grundwerte als Beitrag zur Programmdebatte gleich einmal eine „neue SPD“ anzukündigen.

Führt man sich die von Scholz vorgestellten Thesen und die Reaktionen aus den Reihen der SPD vor dem Hintergrund verlorener Landtagswahlen und eines demoskopischen Dauertiefs vor Augen, bedarf es keiner „kollektiven Unvernunft“ der SPD-Delegierten, um das Ergebnis von 52,6 Prozent für den Generalsekretär bei seiner Wiederwahl auf dem Bochumer Parteitag zu erklären.

„Öffentliche Güter“

In der Gerechtigkeitsdebatte der SPD besteht eine Annäherung an den Begriff der sozialen Gerechtigkeit über so genannte öffentliche Güter. Diese Denkrichtung wird zwar eher mit der Partei-Linken in Verbindung gebracht, findet sich aber in Ansätzen ebenfalls bei den Netzwerkern und dem SPD-Generalsekretär, wenn auch weniger konkret. Dabei wird soziale Gerechtigkeit als ein allgemeines öffentliches Gut definiert, das durch eine ganze „Infrastruktur“ von „konkreten öffentlichen Gütern geleistet wird“. Daran knüpft sich die Frage, „was die nötigen privaten und öffentlichen Mittel eines guten Lebens sind“.

Die öffentlichen Güter und lebenswichtigen Dienste, die ebenso klassische Infrastrukturmaßnahmen wie Maßnahmen zur Daseinsvorsorge, aber auch Bildung umfassen, sind vom Sozialstaat geschützte Bereiche, allerdings nur dahingehend, dass er das Angebot für jeden zugänglich macht und die Qualität gewährleistet. Weil diese öffentlichen Güter

durch Privatisierung, Kommerzialisierung und Marktversagen gefährdet werden, ordnet sie Thierse der öffentlichen Verantwortung zu.

Primär unter dem Gesichtspunkt der Teilhabegerechtigkeit formuliert, enthält der Ansatz auch eine Reihe von Umverteilungsmechanismen, insbesondere dort, wo es um die Gleichstellung der Frau, die Organisation des Familienlebens, die Kinderbetreuung, also eine im weiteren Sinne soziale Infrastruktur geht. Weil dies alles Geld kostet, ist – wie bei Scholz – der moderne Sozialstaat auch ein Steuerstaat, der sich den Nutzen an diesen öffentlichen Gütern als „wissenschaftlich-technischer, sozialer, kultureller und ökologischer Infrastruktur“, so Thierse, durch Besteuerung bezahlen lässt.

Das Problem liegt in dem, was als „nötige private und öffentliche Mittel eines guten Lebens“ beziehungsweise als „Sockel“ beschrieben wird. Dieser „Sockel“ umfasst „Existenzsicherheit“ und den „gleichen und erschwinglichen Zugang zu lebenswichtigen Diensten und öffentlichen Gütern“. Diesen Sockel in Deutschland so zu definieren, das daraus nicht ein wirtschaftlicher Standortnachteil wird, dürfte angesichts ausgebliebener Strukturreformen in den sozialen Sicherungssystemen, auf dem Arbeitsmarkt sowie im Steuersystem vergleichsweise schwierig werden. Es macht eben einen gewaltigen Unterschied, ob die Theorie „öffentlicher Güter“ und eines aktiven Staates von „New Labour“ vor dem Hintergrund der in Großbritannien unter Margaret Thatcher durchgeföhrten harten Strukturreformen diskutiert wird, oder ob dies eine SPD tut, die 1998 erst einmal eingeleitete Strukturreformen, wie zum Beispiel den demografischen Faktor in der Rentenversicherung, zurückgedreht hat und anschließend nicht wesentlich weitergekommen ist, wie ein Blick auf die Reformdiskussionen in Deutschland verrät.

Thierse erwartet Kritik von denen, „die von der privaten Verfügung über Ressourcen einen maximalen Nutzen der gesellschaftlichen Produktion erwarteten“. Tatsächlich bringt er in dieser Formulierung den Kern der Auseinandersetzung auf den Punkt: Vorrang für staatliche Aktivität oder Vorrang für Privatinitative. Es ist schwer vorherzusagen, welcher Flügel in der SPD sich durchsetzen wird, aber es dürfte keine zu gewagte Prognose sein, dass für die SPD am Ende der Staat der entscheidende Akteur bleiben wird.

Von der Identitätskrise zur Regierungskrise

Es ist nahe liegend, dass ein Parteivorsitzender, wenn es um die Grundsätze seiner Partei geht, eine zentrale Rolle im Diskussionsprozess einzunehmen hat. Es verwundert daher auch nicht, dass Gerhard Schröder seit der Konstituierung der SPD-Grundsatzkommission im Juni 2000 ihr Vorsitzender ist. Wir sind heute allerdings etliche Tagungen, einen Zwischenbericht, diverse Parteitage und eine Bundestagswahl weiter. Sowohl die deutsche Bevölkerung als auch die SPD-Mitglieder sind um die Erfahrung der Generalrevision von Wahlversprechen, eines zweimaligen Fehlstartes einer Regierung Schröder sowie fortgesetzter politischer Unzulänglichkeiten reicher. Riester-Rente, Dosenpfand, Lkw-Maut, unrealistische Haushaltssplanungen, höchste Neuverschuldung in der deutschen Nachkriegsgeschichte im Jahr 2003, wiederholtes Verfehlten des Defizitkriteriums von Maastricht, wirtschaftliche Stagnation – der Katalog ist lang und doch noch unvollständig. Vor allem diese – für jedermann sichtbaren – Defizite und Fehlleistungen der rot-grünen Bundesregierung bescherten der SPD und ihrem Vorsitzenden einen gravierenden Kompetenz-, Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust. Das Problem aber liegt tiefer. „Schröder

hat mit dem zweiten Fehlstart von Rot-Grün – nach dem ersten 1998 – gezeigt, dass er entgegen seinem Image keine programmatische Führungskraft hat. Der Gegensatz zwischen medialer Inszenierung und realer Handlung des Kanzlers ist so krass, dass der Absturz umso tiefer ist. [...] Der Kanzler weiß nicht, was er will.“ Diese zu Jahresbeginn 2003 vorgenommene Bewertung des Göttinger Parteienforschers Peter Lösche hat ein Jahr später – zumindest bezogen auf die Erneuerung des Grundsatzprogramms – nichts an ihrem Gehalt eingebüßt.

Mit der gewonnenen Bundestagswahl 1998 endete der schon vorher unter dem Schlagwort „Traditionalisten contra Modernisierer“ geführte Richtungsstreit nicht. Auch mit dem Abgang Oskar Lafontaines und der damit entschiedenen Machtfrage war er nicht beendet, wohl aber publizistisch in den Hintergrund gedrängt. Nun flammt diese Diskussion jedoch nicht nur nach jeder verlorenen Landtagswahl, sondern inzwischen auch vor wichtigen Abstimmungen im Deutschen Bundestag innerhalb der SPD-Fraktion wieder auf. An die Stelle des Machtkampfes zwischen Lafontaine und Schröder ist der Kampf um das programmatische Erbe und die daraus gewachsene Identität der 140 Jahre alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getreten.

Deutschland hat seit 1998 eine Bundesregierung, deren größte sie tragende Partei sich ihrer politischen Grundsätze im Kern nicht mehr gewiss ist. Die SPD

schleppt in der Regierungsverantwortung ein programmatisches Defizit bei den Grundwerten ihrer Politik mit sich herum, das – personalisiert in Bundeskanzler Schröder – inzwischen durchschlägt auf die Wahrnehmung des Gesamterscheinungsbildes der Partei als mangelnde politische Perspektive sozialdemokratischer Politik.

Diejenigen, die sich auf die Fahne geschrieben haben „Deutschland erneuern“, bekommen ihre eigene programmatische Erneuerung nicht in den Griff. Faktisch ist die SPD seit Jahren von einer schlechenden, sich aber beschleunigenden Identitätskrise befallen. Darin liegt auch die eigentliche Ursache für die – auch an den bisherigen Ergebnissen gemessen – unstrukturiert und perspektivlos wirkende Regierungstätigkeit.

Die Frage nach dem, was Sozialdemokratie heute bedeutet, die Frage nach der sozialdemokratischen Identität, droht zur Frage sozialdemokratischer Regierungsfähigkeit zu werden. Je länger die Antwort in Form eines neuen Grundsatzprogrammes auf sich warten lässt, desto länger wird die SPD eine in ihren Grundüberzeugungen verunsicherte und damit auch in ihrer Handlungsfähigkeit gehandicapte Partei sein. Als solche werden die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sich die SPD als Regierungspartei aber auf Dauer nicht leisten können und wollen.

Der Artikel gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Aufklärung gegen die „Volksgemeinschaft“

„Ungefähr dreißig Jahre lang, während der Epoche des öffentlich-rechtlichen Sendemonopols, hat ausgerechnet das öffentlich-rechtliche Fernsehen einen alten Traum der Nazis Wirklichkeit werden lassen: die Volksgemeinschaft. [...] Wir dachten, wir hätten alle die gleichen Träume. Das Privatfernsehen hat dagegen Sozialaufklärung geleistet. [...] Es sorgt dafür, dass wir alle hin und wieder einen Blick in andere Milieus werfen und das Staunen nicht verlernen.“

Harald Martenstein am 8. Januar 2004 in der Zeit.